INHALT

EDITORIAL	7
FEMINISTISCH WISSEN SCHAFFEN	9
GESINE FUCHS. PATRICIA GRAF Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun	0
r chimistisch wissen schaffen. Effetentes, in Arbeit und minner noch zu tun)
ANNE CRESS	
Die Situationsanalyse und ihr Potenzial für feministisch-kritische	
Politikfeldanalysen	17
LISA YASHODHARA HALLER	
Wirkung, Einfluss und Folgen im Mehrebenendesign – Steuerungsstrategien zur	
elterlichen Arbeitsteilung und ihre Übersetzung	29
JUDITH CONRADS	
Geschlecht, Subjekt und Macht empirisch erforschen, methodologisch neu denken:	
Ansätze für einen dekonstruktivistischen Blick auf vergeschlechtlichte	
Subjektwerdung	43
SIMON FETZ. JOHANNES KORAK	
Können Männer feministisches Wissen produzieren? Von Hegemonieselbstkritik	
hin zur pro*feministischen Politisierung der Universität	56
ALENA SANDER	
Producing Knowledge with Care. Building Mutually Caring Researcher-research	
Participants Relationships	70
MARIAM MALIK. TERESA WINTERSTELLER. VERONIKA WÖHRER	
Einverständniserklärungen für eine feministische Forschungspraxis. Überlegungen	
zur prozesshaften Gestaltung und gesellschaftlichen Einbettung von Einwilligung	82

FORUM	95
ROBERTA GUERRINA. ANNICK MASSELOT Achille's Heel: How Gendered Ideologies Undermined the UK Efforts to Tackle Covid-19	95
NATALIE IMBODEN. CHRISTINE MICHEL Die Risiken und Nebenwirkungen sind ungleich verteilt. Covid-19-Krise,	
Geschlecht und staatliches Handeln in der Schweiz	102
ELISA BOSISIO Care as a 'New' Feminist Rationality	109
TAGESPOLITIK	. 117
MONIKA REMÉ Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen	117
ANNA-LENA VON HODENBERG Öffentlicher Hass gegen Frauen im Netz als politische Strategie	122
JASNA STRICK Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit	125
ANNA GWIAZDA Feminist Protests, Abortion Rights and Polish Democracy	129
OLGA DRYNDOVA Protestbewegung in Belarus: Frauen an der Front?	133
Interview with KIRA SONBANMATSU Kamala Harris and the 'Politics of Presence' of Women in US Politics	138
LEHRE UND FORSCHUNG	. 143
Kurznachrichten	143
MELANIE BITTNER Gender und Diversity in der (digitalen) Lehre. Auswirkungen der Corona-Pandemie	148

REZENSIONEN	155
ANICA WALDENDORF Ariane Brenssell und Andrea Lutz-Kluge (Hg.): Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken	155
BARBARA DEGEN Iwona Dadej: Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit	157
CHRISTINE M. KLAPEER Claudia Brunner: Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne	160
CÉLINE BARRY Stefanie Boulila: Race in Post-racial Europe: An Intersectional Analysis	162
ANNETTE HENNINGER Gabriele Dietze und Julia Roth (Hg.): Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond	163
ALICIA BERNHARDT Katharina Hajek: Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der "nachhaltigen Familienpolitik"	166
FRIEDERIKE BEIER Anna Hartmann: Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus	168
MARIEKE FRÖHLICH Soumita Basu, Paul Kirby und Laura J. Shepherd (Hg.): New Directions in Women, Peace and Security	170
CALL FOR PAPERS	173
Femina Politica Heft 1/2022: Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung	173
AUTOR_INNEN DIESES HEFTES	176

SCHWFRPUNKT

Feministisch Wissen schaffen

Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes. in Arbeit und immer noch zu tun

GESINE FUCHS. PATRICIA GRAF

Methoden in ihrer Vielfalt und ihrem Verknüpfungspotenzial bilden das innere Gerüst jeder Forschung und bestimmen in hohem Maße mit, welche Erkenntnisse gewonnen werden können. Das wird in der aktuellen Covid-19-Pandemie besonders sichtbar: Mit welchen Methoden soll erforscht werden, wer wie betroffen ist oder welche Lösungsansätze Erfolg versprechen? Als wir den Schwerpunkt für das vorliegende Heft planten, stand die aktuelle Krise noch bevor. Die Femina Politica beschäftigte sich mit den Identitären Bewegungen und Politiken der Generativität. Inmitten dieser thematischen Debatten wollten wir innehalten und uns, im Sinne von Ackerly und True (2018, 260) fragen, was der aktuelle Methodenstand feministischer und Geschlechterforschung ist und welche Fragen wie gestellt werden müssten, um kritisch und datenbasiert Wissen zu schaffen. Wir stellten fest, dass es höchste Zeit für eine Selbstbeschau wäre, denn zuletzt hatte die Femina Politica 1997 ein Heft dem Stand der Methodenentwicklung gewidmet.

Dabei ist das Nachdenken darüber, was warum als gültiges Wissen gelten soll (Epistemologie), die Theorie und Analyse darüber, wie mit Forschung Erkenntnisse gewonnen werden (Methodologie) und schließlich mit welchen konkreten Forschungswerkzeugen die Fragestellungen bearbeitet werden können (Methoden) (Stauffer/O'Brien 2019, 153) ein integraler Bestandteil feministischer Wissenschaft. Einige Beiträge von damals gehören inzwischen zum Kanon der Methodenausbildung. Bei anderen stellten wir fest, dass die Bestandsaufnahme noch heute Gültigkeit hat. So konstatierte Hofmann (1997, 43), dass der Forschungsverlauf politikwissenschaftlicher Untersuchungen idealisiert dargestellt wird als "durchgeplantes und steuerbares Unternehmen". Ein Blick in gängige Methodenbücher zeigt, dass sich wenig geändert hat. Im aktuellen Schwerpunkt gibt es sechs Beiträge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Weiterentwicklung der Methoden beschreiben und reflektieren, was feministische Forschung für Epistemologien und Methodologien bedeutet.

Die Situationsanalyse und ihr Potenzial für feministischkritische Politikfeldanalysen

ANNE CRESS

In ihrem 1997 in der Femina Politica veröffentlichten Beitrag "Über Repräsentationen und Praktiken empirischer Forschung in der Politikwissenschaft" kritisiert Jeanette Hofmann (1997, 48) die "verbreitete Haltung unter PolitologInnen, immer schon alles vorher zu wissen" und plädiert für einen Forschungsansatz, der dazu bereit ist, das vermeintlich Selbstverständliche zu hinterfragen und das eigene (disziplinäre) Wissen einer "dauerhaft zweifelnden Reflexion zu unterziehen". In diesem Sinne haben Feminist*innen einen engen, gouvernementalen Politikbegriff kritisiert, da dieser "nicht geeignet ist, um die komplexen und widersprüchlichen Prozesse des Feldes zu erfassen" (Harders/Kahlert/Schindler 2005, 11). So priorisiert er z.B. politische Eliten und macht marginalisierte Akteur*innen in der Forschung weitgehend unsichtbar (Sauer 2012). Feministische Politikwissenschaft hingegen will die Handlungs- bzw. Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlicher Subjekte ausloten und diskursive (Differenz-)Konstruktionen von Subjekten und deren gesellschaftspolitische Effekte in den Blick nehmen. Exklusionsmechanismen, Macht- und Unterdrückungsverhältnisse, sowie Kämpfe um Inklusion sollen thematisiert und die Vielfalt an Formen und Orten politischer Partizipation in die Analyse mit einbezogen werden. Wie kann dieses feministische Forschungsvorhaben gelingen? Welches forschungspraktische Vorgehen ist dafür geeignet?

Es gibt eine Vielzahl von feministischen Methoden, Methodologien und Epistemologien (siehe Althoff et al. 2017), gleichwohl bestehen gemeinsame Merkmale feministischer Forschungspraxis. So sind Feminist*innen – wie alle kritischen Wissenschaftler*innen – darum bemüht, eine hierarchisch strukturierte und exkludierende Wissensproduktion möglichst zu vermeiden (Hesse-Biber 2012). Demnach sind existierende Machtverhältnisse, der Einfluss und die Bedeutung von diversen sozialen Positionierungen sowie insbesondere die Beziehung zwischen Forscher*innen und Forschungssubjekten fortlaufend kritisch zu reflektieren (Ackerly/True 2020). Zudem gilt es, die Perspektiven, die gelebten Erfahrungen sowie das (politische) Handeln von marginalisierten Personen(gruppen) angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere im Zuge der postmodernen Wende sowie maßgeblich inspiriert durch intersektionale und postkolonial-feministische Ansätze gewannen u.a. Differenz, Heterogenität, Komplexität, Relationalität sowie Historizität zunehmend an Bedeutung (Collins 2019).

Ich möchte der Frage nachgehen, wie sich ein solch feministisch-kritischer Forschungsansatz in der Politikfeldanalyse (PFA) methodologisch umsetzen lässt. Dies zeige ich anhand der Situationsanalyse (SiA). Die SiA ist eine postmodernfeministische Weiterentwicklung der Grounded Theory (GT), die seit den frühen 2000er-Jahren maßgeblich von der US-Soziologin Adele Clarke entworfen, in der Lombardo, Emanuela/Meier, Petra/Verloo, Mieke, 2017: Policymaking from a Gender+ Equality Perspective. In: Journal of Women, Politics & Policy. 38 (1), 1-19.

Münch, Sybille, 2016: Interpretative Policy-Analyse. Wiesbaden.

Negnal, Dörte, 2019: Interpretieren als transsituationale Praxis. Das Beispiel präventiver Polizeiarbeit als Professionspolitik. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 29 (2), 287-305.

Offenberger, Ursula, 2019: Anselm Strauss, Adele Clarke und die feministische Gretchenfrage. Zum Verhältnis von Grounded-Theory-Methodologie und Situationsanalyse. In: FQS. 20 (2), Art. 6.

Papanastasiou, Natalie, 2017: How Does Scale Mean? A Critical Approach to Scale in the Study of Policy. In: Critical Policy Studies. 11 (1), 39-56.

Sauer, Birgit, 2012: Und sie bewegt sich noch. Feministische Theorien in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien. 105-116.

Saward, Michael, 2006: The Representative Claim. In: Contemporary Political Theory. 5 (3), 297-318.

Staeheli, Lynn A./Kofman, Eleonore, 2004: Mapping Gender, Making Politics: Toward Feminist Political Geographies. In: Staeheli, Lynn A./Kofman, Eleonore/Peake, Linda J./Peake, Linda (Hq.): Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography. London, 1-13.

Strauss, Anselm L., 1978: A Social Worlds Perspective. In: Studies in Symbolic Interaction. 1, 119-128.

Verloo, Mieke/Lombardo, Emanuela, 2007: Contested Gender Equality and Policy Variety in Europe. Introducing a Critical Frame Analysis Approach. In: Verloo, Mieke (Hg.): Multiple Meanings of Gender Equality. A Critical Frame Analysis of Gender Policies in Europe. Budapest, 21-49.

Wirkung, Einfluss und Folgen im Mehrebenendesign -Steuerungsstrategien zur elterlichen Arbeitsteilung und ihre Übersetzung

LISA YASHODHARA HALLER

Die Persistenz der geschlechtlichen Arbeitsteilung als methodische Herausforderung

Seit dem Erstarken der ,neuen', durch die rot-grüne Koalition begründeten Familienpolitik ist geschlechtliche Arbeitsteilung ein zentrales Steuerungsziel staatlicher Interventionen. Dabei avanciert Elternschaft zu einer umkämpften Arena gleichstellungspolitischer Bemühungen. Die trotz veränderter Steuerungsziele anhaltende Persistenz einer geschlechtlichen Arbeitsteilung, die sich in Paarbeziehungen insbesondere zum Zeitpunkt der Familiengründung ausdifferenziert, wird mit einem

Geschlecht, Subjekt und Macht empirisch erforschen, methodologisch neu denken: Ansätze für einen dekonstruktivistischen Blick auf vergeschlechtlichte Subjektwerdung

JUDITH CONRADS

Einleitung¹

Wie kann eine diskursorientierte und dekonstruktivistische empirische Analyse mit dem Fokus auf Subjekt, Geschlecht und gesellschaftliche Machtverhältnisse methodisch erfolgen? Anhand einer qualitativen Studie zu vergeschlechtlichter Subjektwerdung Jugendlicher zeigt der Beitrag ein entsprechendes methodisches Vorgehen auf und verbindet Gruppendiskussionen mit der Grounded-Theory-Methodologie (GTM). Durch die Einbettung in poststrukturalistische Perspektiven und die Erweiterung um dekonstruktivistische Ansätze werden Gruppendiskussionen in ihrer Konzeption methodologisch erweitert bzw. neu pointiert. Das Spezifikum von Gruppendiskussionen, das aufeinander bezogene Sprechen, steht dabei im Mittelpunkt. Mit Blick auf das Erkenntnisinteresse wird vorgeschlagen, die Funktions- und Reproduktionsweisen von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit wie auch deren Ausschlussmechanismen zu fokussieren. Nach der Skizzierung poststrukturalistischer Grundannahmen und Konsequenzen für den Blick auf vergeschlechtlichte Subjektwerdung erweisen sich Gruppendiskussionen als gewinnbringende Methode für diese Rahmung. Im Anschluss wird aufgezeigt, wie die GTM für eine poststrukturalistische Annäherung an Gruppendiskussionsverfahren genutzt werden kann und was das für feministische Forschung bedeutet.

Verknüpfungen beim Erkenntnisinteresse: Produktion von Zweigeschlechtlichkeit und der Anderen

Ausgangspunkt der im Beitrag angeführten Studie sind Beobachtungen zur gegenwärtigen Gleichzeitigkeit von Wandel und Beharren der Geschlechterordnung (z.B. Rendtorff/Riegraf/Mahs 2019). So stehen egalitäre Geschlechtervorstellungen, Gleichstellungspolitiken und geschlechtliche Vielfalt einerseits anhaltenden Ungleichheiten und Diskriminierungen sowie polarisierten und heteronormativen Geschlechterbildern andererseits gegenüber. Die Untersuchung leistet einen Beitrag dazu, diese ambivalenten Entwicklungen durch Perspektiven Jugendlicher zu erweitern und sie auf empirischer Grundlage subjektivierungstheoretisch einzuordnen. Zugleich vereinen sich mit Blick auf die Erkenntnisebene zwei Perspektiven, die aktuell in empirischer Forschung überwiegend getrennt bearbeitet werden: Oft stehen entweder die Herstellungsprozesse von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit oder die Auswirkungen

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliette, 1996: Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschuna.

Strübing, Jörg, 2008: Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung (2., überarb. u. erw. Aufl.). Wieshaden

Trinh, Thi Minh-Ha, 1991: When the Moon Waxes Red. Representation, Gender, and Cultural Politics. New York, London.

van Dyk, Silke, 2012: Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik: Über Potenziale, Probleme und Perspektiven. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 42(167), 185-210.

Wartenpfuhl, Birgit, 1996: Destruktion - Konstruktion - Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung. In: Fischer, Ute Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hq.): Kategorie: Geschlecht? Empirische Analysen und feministische Theorien. Opladen, 191-209.

Weedon, Chris, 1990: Wissen und Erfahrung. Feministische Praxis und poststrukturalistische Theorie Zürich

Können Männer feministisches Wissen produzieren? Von Hegemonieselbstkritik hin zur pro*feministischen Politisierung der Universität

SIMON FETZ. JOHANNES KORAK

Einleitung: Können Männer feministisches Wissen produzieren?¹

Karin Hausen und Helga Nowotny fragten in den 1980er-Jahren: "Wie männlich ist die Wissenschaft?" (Hausen/Nowotny 1986). 30 Jahre später antworten Sandra Beaufaÿs, Anita Engels und Heike Kahlert (2012, 9, 18) so: Weiterhin sehr. Welche Konsequenzen hat also der Androzentrismus für die Möglichkeiten emanzipatorischer oder feministischer Wissensproduktion? Vertreter*innen feministischer Standpunktepistemologien widmen sich dieser Frage. Dabei fokussieren sie darauf, welche Subjekte unter welchen Bedingungen emanzipatorisches Wissen produzieren können. Ein grundlegender Gedanke ist, Herrschaftskritik und Wissenschaft vom Standpunkt der Beherrschten oder Unterdrückten aus zu konzipieren. Für frühe feministische Standpunktepistemologien fungierte das Subjekt (weiße) Frauen* als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Doch Schwarze Feministinnen stellten vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen klar, dass Machtverhältnisse in ihrer Komplexität und Gleichzeitigkeit theoretisiert werden müssen. Einen einheitlichen Standpunkt von Frauen* gibt es nicht, denn Rassismus, Klassenverhältnisse und andere Spaltungslinien durchzögen die Lebensrealitäten von Frauen*. Daher biete sich

Producing Knowledge with Care. Building Mutually Caring Researcher-research Participants Relationships

ALENA SANDER

Introduction

I had quit my job at a European development agency for which I had worked in the Global Souths for a couple of years, to start a doctoral thesis in the research project "Resistance to international prescriptions and injunctions in Africa and the Middle East today" in the beginning of 2017. Thanks to the research project, I was now given the chance to study a phenomenon that had fascinated me during the time I had been working in the field of international development: the power relations between actors from the Global Norths and Southern actors inherent in the international development cooperation, and the (re)actions they provoke from the Southern side.

My research investigates how Jordanian women's organizations and their staff members resist to certain injunctions in the context of their cooperation with Western donors for the implementation of development projects. I view development through Foucauldian lenses, that is as a transnational neo-liberal discourse that creates knowledge about the so-called developed and under-developed, and which is translated into social reality for people in the Norths and the Souths (Escobar 2012 (1995)). This discourse builds on colonialism and racism, and continuously (re-)produces power asymmetries between the "West and the rest" (Hall 2011 (1993)), discursively putting Southern civil society organizations at the other end of the development power equation. From a Foucauldian perspective, knowledge is always political. Consequently, producing knowledge as a researcher is political, too. Researching power relations in development and individual acts of resistances to them, however, is even more political.

Because of the political character of my research, my positionality, that is, who I am as a researcher and as a person, informs and influences the questions that I ask, the work that I do, and the knowledge that I produce. On the one hand, I study women's organizations' resistances in the development contexts of Jordan through the perspective of the White European researcher that I undoubtedly am. This part of me comes with the heavy colonial baggage of Western research, that puts me at risk of reproducing a Eurocentric mode of knowledge production and thus, contributing "to interpretive bias, epistemological injustice, and other forms of harm" (Fang Law 2016, 525). On the other hand, I look into these resistances through the perspective of the intersectional feminist that I aspire to be not just as a researcher, but also in everyday life. This part of me is shaped by my personal experiences in this world. I believe in the positive impact of social change on all human beings, and wish to make a contribution to it.

Einverständniserklärungen für eine feministische Forschungspraxis

Überlegungen zur prozesshaften Gestaltung und gesellschaftlichen Einbettung von Einwilligung

MARIAM MALIK. TERESA WINTERSTELLER. VERONIKA WÖHRER

Einleitung¹

Sozialwissenschaftliche Forschungsprozesse sind zunehmend von ethischen und formalen Regulierungsprozessen geprägt, ein Umstand, der im europäischen Raum durch die Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) forciert wurde. Da immer mehr forschungsfördernde Institutionen und wissenschaftliche Zeitschriften auch für sozialwissenschaftliche Forschung nach Bewilligungen durch Ethikkommissionen fragen, wird es für Forschende dieser Disziplinen – so auch der feministischen empirischen Forschung - immer notwendiger, sich mit formalisierten Prozessen von informierten Einverständnis- oder Einwilligungserklärungen² (Informed Consent) auseinanderzusetzen.

Informierte Einwilligungen haben ihren Ausgangspunkt in der medizinischen Forschung. Dies war das erste Feld, in dem standardisierte Prozesse im Rahmen von Ethikkommissionen etabliert wurden (Rothman 2014). Kritik an der einheitlichen Umsetzung wurde u.a. sowohl auf Basis sozialwissenschaftlicher Methodendiskussionen (Marzano 2012; Miller/Boulton 2007) als auch auf der Grundlage feministischer Ethikkonzepte (Osuji 2018; Tronto 2008) formuliert. Einverständniserklärungen müssen, so die Kritik, neu konzipiert werden, um (forschungs-)ethischen Prinzipien gerecht zu werden. Obwohl mittlerweile zahlreiche Texte und Bücher zu feministischen Methoden, feministischer Forschungspraxis und feministischer Ethik vorliegen (u.a. Hesse-Biber 2007; Jaggar 2015), gibt es nur sehr wenige explizit feministische Arbeiten zu informierter Einwilligung (McCormick 2012; Bhattacharya 2007). Noch seltener sind Studien, die über eine Berücksichtigung von Genderaspekten hinausgehend auch eine intersektionale und postkoloniale Perspektive miteinbeziehen. Auf Basis dieser Ausgangssituation möchten wir der Frage nachgehen, wie ein feministisches postkoloniales Verständnis von informierten Einwilligungsprozessen aussehen kann, und welche konkreten Schlussfolgerungen für die Forschungspraxis daraus resultieren.

Wir skizzieren im Folgenden den historischen Kontext und die konstitutiven Dimensionen informierter Einwilligungen. Auf Basis aktueller feministischer und sozialwissenschaftlicher Debatten über Herausforderungen von Einverständniserklärungen in der Forschungspraxis gehen wir zuerst auf die Konstitution von Einverständniserklärungen als Prozess und anschließend auf die Bedeutung sozialer Zusammenhänge im Sinne einer Ethics of Care bei Einwilligungsprozessen ein. Um

FORUM

Achille's Heel: How Gendered Ideologies Undermined the UK Efforts to Tackle Covid-19

ROBERTA GUERRINA ANNICK MASSELOT

This article explores the links between austerity, Brexit and the UK government's response to Covid-19. Specifically, it looks at the way in which Covid-19 has compounded the impact of austerity policies and Brexit on the UK gender regime. Our article sets out how the UK government's response to the pandemic is the result of ten years of austerity and how it is intended to pave the way for more policies designed to maintain gendered and racialized hierarchies currently underpinning the UK socio-legal and economic system.

Our analysis revolves around the issue of care work as a way of illustrating governments' lack of consideration for the impact of gendered social practices on decision making processes. Whereas Covid-19 has highlighted that care and caring are key pillars of society, policymakers have ignored the way this practice is gendered. In this context, it is important to think about the place of care in the market economy, as well as who is doing the caring and who is being cared for.

Covid-19 as a Continuing Crisis

The crisis generated by the Covid-19 pandemic is not only affecting public health but is also disrupting economies and labour markets. It exacerbates prevalent vulnerabilities in social, political and economic structures which, in the UK, have been weakened by waves of previous crises. The outbreak of the 2020 pandemic occurred just after the UK officially withdrew from the European Union (EU) on January 31, 2020 and in the midst of ten years of austerity linked to the 2008 Global Financial Crisis (GFC). The government's response to the latest health crisis, thus, needs to be understood as a continuum that started with the 2008 GFC and continued with the Brexit process. Austerity policy is directly contributing to undermine gender equality in the UK (Karamessini/Rubery 2014) by cutting back on state provision of services used predominately by women such as childcare, women shelter, health and education. The delivery of Brexit further contributes to the losses around gender equality (Guerrina/Masselot 2018), normalised forms of toxic masculinity, a general silencing around gender issues and the rise in violence against women in the public sphere (Guerrina/Masselot 2021; Achilleos-Sarll/Martill 2019). There is also evidence that domestic violence increases and becomes amplified in times of crises. Moreover, the disestablishment of support structures under austerity policies

der Standpunkt der Marginalisierten als adäquatere politische und epistemische Positionierung für eine feministische Wissenschaftspraxis an (vgl. Harding 2015, 30ff.; Collins 2000, 279; Singer 2008, 290).

Die Frage nach dem Subjekt feministischer Wissensproduktion wurde weiter diskutiert. Welche Rolle spielt dabei die qua Geburt und Sozialisation gegebene soziale Positioniertheit der*des Wissensproduzent*in? Kann von dieser auf die Befähigung zu kritischer Wissensproduktion geschlossen werden? Oder geht es vielmehr um die Einnahme eines epistemisch-politischen Standpunktes auf Seiten der Marginalisierten, beispielsweise durch Bezugnahme auf feministische Theorien? Joey Sprague (2018, 52) schreibt dazu, dass gerade neues und differenziertes Wissen über Themen wie Familie. Gewalt oder Gesundheit von Personen unterschiedlicher sozialer Positioniertheiten produziert wurde - "some have been privilged white men (H.i.O.)" (ebd., 50).

Können also Männer, die in Geschlechterverhältnissen und im androzentrischen Wissenschaftsbetrieb privilegiert positioniert sind, feministisches Wissen produzieren? Unter welchen Bedingungen? Welche Rolle spielt dabei die Institution Universität?

Im folgenden Text gehen wir diesen Fragen nach. Wir argumentieren, dass die Befähigung zu einer pro*feministischen² Wissensproduktion in einem Spannungsfeld entsteht: Die soziale Positioniertheit einer*s Forscher*in (z.B. als weißer Mann*) bedingt zu einem gewissen Maß, auf welche Erfahrungen diese*r (nicht) zurückgreifen kann, um Wissen zu produzieren. Männer erfahren etwa nicht den alltäglichen Sexismus, dem Frauen* ausgesetzt sind und sind somit epistemisch benachteiligt, um Wissen über patriarchale Verhältnisse zu produzieren. Neben der sozialen Positioniertheit betonen wir den Aspekt der epistemisch-politischen Positionierung: die Einnahme eines Standpunktes mittels politischer Solidarisierung und Bezugnahme auf etwa feministische Diskurse und Erfahrungen Marginalisierter. Diese betont also einen Praxisaspekt, der über die soziale Positioniertheit hinausweist. Zudem betonen Ansätze der feministischen Standpunktepistemologien auch kollektive und institutionelle Aspekte feministischer Wissenschaftspraxis, die jedoch in ihrer Rezeption nur am Rande aufgegriffen werden. Daran anschließend argumentieren wir, dass die Frage wer feministisches Wissen produzieren kann – neben individueller Positioniertheit und Positionierung – den institutionellen Kontext (universitärer) Wissensproduktion betrifft. Das akademische Feld verlangt von Forscher*innen Verhaltensweisen ab, die unseres Erachtens dem Projekt pro*feministischer Wissensproduktion entgegenlaufen. Sie werden im akademischen Feld auf eine Weise angerufen, die einem maskulinen Ideal autonomer, kompetitiver Subjektivität folgt. Wir argumentieren daher, dass diese vergeschlechtlichenden Subjektivierungsweisen auf- und angegriffen werden müssen.

Wir schlagen in diesem Artikel eine transformatorische Perspektive vor, die versucht, über die androzentrische Logik universitärer Wissensproduktion hinauszuweisen. Dazu halten wir das Konzept der Hegemonieselbstkritik für einen geeigjener Ordnung für davon abweichende "Andere" in separierten Betrachtungen im Mittelpunkt. Damit werden jedoch einerseits Festsetzungen von Zweigeschlechtlichkeit vorgenommen und das Bewahren der binären Geschlechterordnung fokussiert. Andererseits kann der Eindruck entstehen, Heteronormativität wirke sich lediglich für davon Abweichende – als Betroffene – negativ aus; Auseinandersetzungen mit ausschließenden Machtwirkungen der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit werden zu spezifischen "Minderheitenangelegenheiten" (vgl. Sedgwick 1990, 1). Selten befinden sich dagegen die machtdurchzogenen Interdependenzen von hierarchischen Geschlechterverhältnissen, zweigeschlechtlicher Ordnung und heteronormativen Ein- und Ausschlüssen im Fokus. Doch genau dieser Blick kann dazu beitragen, "die Verwobenheit von heteronormativen Geschlechter- und Sexualitätskonzepten mit einer androzentrischen bzw. patriarchalen Organisation von Gesellschaft" (Klapeer 2015, 32) stärker herauszustellen. Meine im Folgenden diskutierte Dissertation (Conrads 2020) setzt hier an und untersucht empirisch die machtvollen Auswirkungen der heteronormativen Geschlechterordnung auch für heterosexuelle Cis-Jugendliche sowie die eine 'Abweichung' anderer Jugendlicher erst erzeugenden Hervorbringungslogiken innerhalb gegenwärtiger Verhältnisse. Die Forschungsfrage lautet, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen junge Menschen sich vor dem ambivalenten gesellschaftlichen Hintergrund zu vergeschlechtlichten Subjekten konstituieren. Damit wird untersucht, "wie Heteronormativität mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen verwoben ist, und wie nicht nur vergeschlechtlichte KörperSubjekte, sondern auch unterschiedlich positionierte und hierarchisierte vergeschlechtlichte KörperSubjekte macht- und gewaltvoll hervorgebracht werden" (Bargetz/Ludwig 2015, 12). Diesem Blick auf die Hervorbringung und Positionierung vergeschlechtlichter Subjekte liegt eine erkenntnistheoretische Rahmung im Poststrukturalismus zugrunde. Demnach wird Geschlecht – und vergeschlechtlichte Subjekte – als etwas Diskursives betrachtet, wie im folgenden Kapitel ausgeführt wird.

Erkenntnistheoretische Grundannahmen: poststrukturalistische Perspektiven auf Subjekt(werdung) und Geschlecht(werdung)

Poststrukturalistische und diskurstheoretische Perspektiven gehen von einer produktiven Bedeutung von Sprache für die Konstitution von Wirklichkeit aus. Eine der Sprache vorgängige "Wirklichkeit" wird als nicht zugänglich und Wirklichkeit damit als stets diskursiv produziert gefasst. Mit Diskursen werden dabei jene historisch kontingenten Machtwirkungen bezeichnet, die das zu einem bestimmten Zeitpunkt Denk- und Sagbare herausbilden – und im Umkehrschluss Bereiche des Nicht-Denkbaren und Unsagbaren produzieren. Sie sind mit Michel Foucault "als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen" (Foucault 1981, 74). Poststrukturalistische Ansätze interessieren sich dafür, welche "Wahrheiten" auf diese Weise produziert, welche Möglichkeitsräume damit eröffnet und wie Machtverhältnisse hierbei wirksam werden.²

als "natürlich" gedeuteten Eigensinn individueller Elternpaare begründet, was diesen eine gewisse Resistenz gegenüber den Reformen zuschreibt. Wirkungsanalysen dieses Bereichs ermitteln meist statistische Korrelationen und Nutzungsverhalten, unklar bleibt jedoch, in welcher Weise staatliche Steuerung sich auf elterliche Arbeitsteilung als privaten Bereich des Familienlebens auswirkt. Da die Lebensphase der Familiengründung familienpolitisch stark flankiert wird, ist anzunehmen, dass die Beständigkeit einer geschlechtlichen Arbeitsteilung sich nicht ausschließlich mit den individuellen Interessen von Paaren begründen lässt.

Vielmehr sind Entscheidungen zur Arbeitsteilung ein Produkt des Verständnisses und der Deutung der staatlichen Steuerungsabsicht durch unterschiedliche Akteur*innen, die diese Absicht im Politikprozess immer wieder übersetzen. Dies erstreckt sich von der Makroebene der Ausgestaltung eines Steuerungsziels durch die Politik über die Mesoebene, wo die Steuerungsabsicht durch staatliche Institutionen wie Behörden und Verwaltung interpretiert wird, bis zur Mikroebene der Adressierten, wo sich Geschlechterdifferenzierung konkret in der Interaktion des Paares konstituiert. Ob und wie familienpolitische Leistungen wirken, hängt wesentlich von interpersoneller Deutung im Zusammenhang mit Kontextbedingungen ab, die als Übersetzungsleistung zu verstehen ist. In dieser Übersetzung werden von den Beteiligten Deutungen vorgenommen, aus denen sich komplexe Zusammenhänge von Wirkung, Einfluss und Folgen der Familienpolitik ergeben (vgl. Abbildung 1). Diese wiederum sind zur forschungspraktischen Bewertung des Nutzens staatlicher Maßnahmen ausgesprochen relevant. Für die Analyse von Geschlechterdifferenzen muss diese dreigliedrige Perspektive in ihrer Komplexität noch ergänzt werden. Denn wenn Steuerungsinstrumente in gleichstellungspolitischer Absicht auf eine Arbeitsteilung zielen, die Geschlechterdifferenz erzeugt, verändert oder verfestigt, erfolgt die Adressierung nicht nur an eine, sondern mindestens an zwei Personen.¹ Diese versehen die Instrumente im Rahmen ihres Paararrangements interaktiv mit Sinn, deuten sie gemeinsam und verständigen sich darauf, welche Bedeutung sie der jeweiligen Leistung zuschreiben. Daher muss auch der Verständigungsprozess innerhalb der Paarbeziehung als Untersuchungsgegenstand herangezogen werden (Haller 2018, 13). Obwohl die intersubjektive Herstellung der Geschlechter differenz in zahlreichen Aktionen zwischen Einzelpersonen erfolgt, wird durch ihre Vervielfältigung im Alltagshandeln ein allgemeines Wissen generiert und in das Geschlechterverhältnis überführt. Darin interagieren Frauen und Männer nicht mehr in einzelnen Austauschverhältnissen, sondern werden als soziale Gruppen zueinander positioniert (Becker-Schmidt/Knapp 1995, 16).

Einschlägige politikwissenschaftliche Mehrebenendesigns haben die Bedeutung steuerungspolitischer Maßnahmen bislang mehrheitlich anhand quantitativer Einflussfaktoren untersucht (u.a. Tausendpfund 2020; Jäckle 2015). Sie fragten z.B. nach der Häufigkeit, mit der eine Leistung eine bestimmte Personengruppe erreicht. Mehrebenenanalysen, die auf die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen abzielen, ermitteln meist anhand statistischer Daten Korrelationen (vgl. Kümmerling/

Die Risiken und Nebenwirkungen sind ungleich verteilt. Covid-19-Krise. Geschlecht und staatliches Handeln in der Schweiz

NATALIE IMBODEN CHRISTINE MICHEL

Nancy Fraser (2020) sieht in der Coronapandemie eine mehrfache Krise. In der Covid-19-Krise wurde insbesondere der Zusammenhang zwischen systemrelevanter Arbeit und schlecht bezahlter (Care-)Arbeit (Fraser 2017) zum Thema. "Wer etwas offensichtlich Nützliches macht, wird dafür finanziell abgestraft. Und zwar umso mehr, je reicher ein Land ist. Ja es ist geradezu ein Merkmal hochentwickelter Länder, dass Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen einkommensmäßig immer mehr ins Hintertreffen geraten" (Binswanger 2020). Obwohl Krisen für die Geschlechterordnung entscheidende Momente sind, war die offizielle Strategie in der Schweiz bislang mehrheitlich geschlechterblind.¹

Am 2. Juni 2020 veröffentlichte eine breite Allianz von Frauenorganisationen einen Appell (Frauenstreik 2020) an die Bundesbehörden, der den Einbezug von Frauen in die Beschlussfindung und die Berücksichtigung ihrer Lebenssituationen bei der Festlegung der wirtschaftlichen Maßnahmen forderte. Im nationalen Parlament fand am 18. Juni 2020 eine Debatte zum Thema "Gleichstellung der Geschlechter und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben: Aus der Covid-19-Krise jetzt lernen" statt, die ohne konkrete Beschlüsse blieb (Nationalrat 2020) und medial als "emotionale Debatte" tituliert wurde (Keystone 2020).

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitnehmenden unterscheiden sich in der Realität nach Beruf und Branche, sowohl was die gesundheitlichen Risiken (Exposition) als auch die wirtschaftlichen Nebenwirkungen angeht. Dieser Artikel geht der Frage nach, welche geschlechtsspezifischen Unterschiede es bei der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Betroffenheit unterschiedlicher Arbeitsmarktbereiche gibt, die stark vom jeweiligen Digitalisierungsgrad der beruflichen Tätigkeit abhängen (Alon et al. 2020). Mit welchen Maßnahmen reagiert der Staat im Bereich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder beim Ersatz für Lohnausfälle? Und welche Implikationen und Nebenwirkungen hatte die Totalschließung der Schulen für die Erwerbstätigkeit von Eltern?

Ausgangssituation

In der Schweiz fand von Mitte März bis Mitte Mai 2020 ein Teil-Lockdown statt (Schulschließungen, Herunterfahren der öffentlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten, aber keine Ausgangssperren). Nach einer darauffolgenden Phase von Lockerungen kam es Mitte Oktober während der zweiten Welle zu erneuten Teilschließungen. Während in der medialen Öffentlichkeit der Rückzug ins Homeoffice das

site/wp-content/uploads/2020/03/SRG Bevoelkerungsmonitoring Coronakrise 20200324.pdf [15.5.2020].

Sotomo, 2020b; Schweizer Familien in der Covid-19-Pandemie, Spezialauswertung des SRG-Corona-Monitors zu Familien- und Betreuungsstrukturen im Kontext der Krise. Internet: www.ebg. admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/nsb-news_list.msg-id-79484.html (1.11.2020).

SRG, 2020: Nachrichtensendung 10vor10. 5.5.2020. www.srf.ch/news/schweiz/die-schweiz-zuhause-homeoffice-hat-sich-mit-der-krise-definitiv-etabliert (23.5.2020).

Care as a 'New' Feminist Rationality

ELISA BOSISIO

Networks, Entanglements and Proximity

What could notions such as network and entanglement possibly mean for today's feminisms? The answer presented in this paper is: a new conception of care. Aiming to reframe the crucial feminist figure of care within new ontological and political horizons, I engage with cyberfeminism, neomaterialisms and feminist technoscience. Poised as we currently are on the edge of social and ecological collapse, these approaches question the stability of the autonomous subject typical of Modern Western politics and philosophy by proposing to move beyond the regime of so-called "skinned existence" (Bosisio 2020, 6). Let me begin by outlining some key references of this shift from the last four decades.

- 1. Since the 1980s, the American biologist Lynn Margulis has challenged the dominant conception of evolution as a self-contained process, instead recognizing multispecies and trans-kingdom mutualism as generators of proximity: topoi/tropoi for the emergence of new cells, tissues, organs, and individuals. Margulis shows that the nucleated cell is the result of a process of cohabitation, cooperation and quasi-fusion between different bacteria and archea and, consequently, argues that the tendency of life (including that of homo sapiens) is to bind together and re-emerge in a new wholeness at higher and broader levels of organization. Conceptualizing life as a continuous "intimacy of strangers" (Margulis, quoted in Mazur 2009), Margulis displaces the centrality of the individual in dominant understandings of life by focusing on relationality.
- 2. In 2000, ecology scholar Beth Dempster (2000, 1) introduced the notion of the "sympoietic system" on behalf of those "semio-material mundane phenomena" in which constitutive matter, informative components and control tasks are situated and distributed in a complexity of quasi-individual, quasi-collective, multi-levelled parts. Dempster underlines that earthly systems depend not on the production of fixed boundaries but rather on ongoing complex and dynamic relations among the

TAGESPOI ITIK

Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen

MONIKA REMÉ¹

Die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité untersucht und dokumentiert Verletzungen von Gewaltbetroffenen niedrigschwellig und kostenfrei. Im ersten Corona-bedingten Lockdown im Frühling 2020 suchten weniger Betroffene die Ambulanz auf. Dafür stieg laut Medienberichten der Schweregrad der registrierten Verletzungen: Würgemale am Hals und Mittelgesichtsbrüche wie Brüche der Augenhöhle oder des Kiefers sind dafür Beispiele (ntv 2020). Mit den Lockerungen stiegen die Fallzahlen wieder und übertrafen das Vorjahresniveau. Im Lockdown blieben vor allem jene Betroffene aus, die Verletzungen dokumentieren lassen, aber (noch) nicht zur Anzeige bereit sind.

Die – wenngleich tentativen – Daten (vgl. BAFzA 2020, international: UN Women 2020a), erste Studien (Steinert/Ebert 2020, für Großbritannien: Davidge 2020) und die Praxiserfahrung im Hilfesystem bestätigen die Warnungen der Expert*innen: Häusliche Gewalt steigt im Zusammenhang mit Ausgangsbeschränkungen, sozialem Stress und wirtschaftlicher Unsicherheit an bzw. eskaliert. Gleichzeitig bleiben ohne soziale Kontakte selbst sichtbare Spuren der Gewalt unsichtbar und für Betroffene ist es schwieriger, Kontakt zum Hilfesystem aufzunehmen bzw. sich aus der Situation zu lösen.

Das erklärt auch das heterogene Bild in den EU-Staaten: Während in einigen die Anrufe bei Hilfetelefonen stark gestiegen sind, beobachteten andere einen Einbruch zu Beginn des Lockdowns (UNODC 2020; EPRS 2020). In Frankreich betrug der Anstieg der angezeigten Vergewaltigungen in 2020 11%, bei der innerfamiliären Gewalt 9% (taz 2021). In Großbritannien hat fast die Hälfte der Frauen und Mädchen in der Pandemie digitale Gewalt erfahren (Glitch/EVAW 2020, siehe Strick in diesem Heft). Zudem ist von einer Verschärfung der Lage für Frauen in besonders vulnerablen Situationen auszugehen. Dazu gehören wohnungslose Frauen (BIK 2021, 11), geflüchtete Frauen, die in Lagern leben und deshalb stärker gefährdet sind (medica mondiale 2020; UNHCR 2020) oder Frauen mit Behinderungen, die allgemein überdurchschnittlich von sexualisierter Gewalt und Gewalt im Nahbereich betroffen sind (Schröttle et. al. 2014).

Zugleich war das Hilfesystem – in Deutschland und Europa – bereits vor der Pandemie überlastet und unterfinanziert. Frauenhäuser und Beratungsstellen mussten Hygienekonzepte einführen, was die raren Frauenhausplätze weiter verknappte, und auf digitale Kommunikation umstellen - ohne dafür zunächst die erforderlichen Mittel zu erhalten.